

Die Fraktionen der SPD FWG Bündnis90/Die Grünen im Landkreis Mainz-Bingen

Herrn Landrat
Claus Schick
Kreisverwaltung Mainz-Bingen
Georg-Rückert-Straße 11
55218 Ingelheim am Rhein

Ingelheim, den 23. Dezember 2010

Antrag „Sperrmüllabfuhr im Landkreis Mainz-Bingen ab dem 01.01.2012“

Beschlussvorschlag

Der Werksausschuss/Kreistag des Landkreises Mainz-Bingen möge beschließen:

Ab dem 1. Januar 2012 die Sperrmüllabfuhr im Landkreis Mainz-Bingen wie folgt zu regeln:

Die kreisangehörigen Gebietskörperschaften sollen sich bis spätestens 30. April 2011 entscheiden, ob der Sperrmüll in ihrer Gemeinde nur noch auf Abrufkarte abgeholt werden soll. Bei den übrigen Gebietskörperschaften soll es bei der Sperrmüllabfuhr nach bisherigem System verbleiben, d. h. die Einwohnerinnen und Einwohner können einmal im Jahr zu einem festen Sperrmülltermin und einmal auf Karte ihren Sperrmüll abholen lassen.

Begründung:

Seit vielen Jahren wird im Kreis Mainz-Bingen der Sperrmüll einmal jährlich zu einem festen Termin abgeholt und einmal jährlich haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, auf Bestellung den Sperrmüll abholen zu lassen. Viele Gebietskörperschaften im Landkreis Mainz-Bingen sind mit dieser Regelung einverstanden, andere größere Gebietskörperschaften beschwerten sich schon seit Jahren über den festen Sperrmülltermin, da gewisse Nachteile wie Sperrmülltourismus, Verunreinigung bei Durchsuchung des Sperrmülls sowie Belästigung durch ständiges Durchfahren der jeweiligen Gebietskörperschaften nicht auszuschließen sind.

Um einen größt möglichen Spielraum in der Frage der Sperrmüllabfuhr zu bekommen, schlagen wir deshalb vor, dass alle Gebietskörperschaften zu diesem Thema befragt werden und die Entscheidung der jeweiligen Gebietskörperschaft dann vom Kreis entsprechend akzeptiert wird.

Dies bedeutet, dass die Gemeinden, die sich für die reine Kartenabfuhr entscheiden, dann eben nur noch ihren Sperrmüll in ihren Gemeinden auf Antrag (aber zweimal im Jahr) abgefahren bekommen, Gemeinden die bei der bisherigen Regelung bleiben wollen, sollten ihren Sperrmüll wie bisher abgefahren bekommen. Sollten sich Gebietskörperschaften bis zu einem fixen Termin (Vorschlag 30.04.2011) dazu nicht geäußert haben, bleibt es bei der bisherigen Regelung.

Mit dieser neuen Methode versprechen wir uns mehr Zufriedenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern und insbesondere den politisch Verantwortlichen in den jeweiligen Gemeinden, um die unterschiedlichsten Interessen bei der Sperrmüllabfuhr zu gewährleisten.

Für die Fraktionen

Ralph Spiegler
SPD

Michael Stüber
Bündnis90/Die Grünen

Erwin Malkmus
FWG